

C2 Fakten & Hintergrund

Neuer Anlauf für Regierungsturm

Südlich der Haroldstraße soll das Regierungsviertel wachsen. Ein Wettbewerb wird gestartet. Wenn das alte Innenministerium fällt, könnte Platz für die NRW.Bank und zwei Ministerien entstehen.

VON UWE-JENS RUHNAU

CARLSTADT Das Land NRW plant in Düsseldorf einen konzentrierteren und größeren Auftritt. Verbunden sein sollen damit Verbesserungen des Stadtbildes und der Lebensqualität. So soll der Landtag erweitert und dabei die Rheinufersperrmaße in Richtung Hafen verlängert werden. Am Mannesmannufer ist ein Haus der NRW-Geschichte geplant. Ein Bürostandort der Zukunft soll auf dem Areal an der Haroldstraße entstehen, auf dem sich das ehemalige Innenministerium befindet. Dort sollen die NRW.Bank, das Finanzministerium (heute Jägerhofstraße) sowie ein weiteres Ministerium untergebracht werden. Hierfür soll es einen städtebaulichen Wettbewerb mit acht Teams aus Stadt- und Verkehrsplanern geben. Er wurde am Mittwoch im Planungsausschuss beschlossen. Die Fakten:

Das Areal Das Gelände wird umfasst von Harold- und Kavalleriestraße sowie der Auffahrt zur Rheinkniebrücke. In den Räumen des früheren Innenministeriums sind heute übergangsweise Teile des Polizeipräsidiums und die Polizeiwache Bilk untergebracht. Der Komplex soll abgerissen werden. Das Baurecht sieht heute neben der Baumasse des noch stehenden Gebäudes ein maximal 94 Meter hohes Hochhaus sowie ein Atriumhaus von 29 Meter Höhe vor.

Das Ziel Heute können auf dem Areal 68.000 Quadratmeter Brutgeschossfläche realisiert werden, der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB) strebt zwischen 88.000 und 106.000 Quadratmeter an. Dies geht nur, wenn auch ein Hochhaus verwirklicht wird. Ein solches war bereits vor 20 Jahren schon



Blick vom Rheinturm (von links): Im ehemaligen Mannesmann-Turm sitzt der Wirtschaftsminister, daneben residiert der Ministerpräsident, es folgen das Familienministerium und rechts die Blöcke des alten Innenministeriums. RP-FOTO: BRETZ

einmal vorgesehen, der „Höhn-Tower“, so genannt nach der damaligen Umweltministerin Bärbel Höhn, blieb mit seinen 100 Metern aber Makulatur. Gegen ihn gab es Bürgerproteste wegen seiner Nähe zur Poststraße. „Wenn, dann dann muss ein solcher Turm in Richtung Brücke und Apollo rücken“, sagt Alexaner Fils, Vorsitzender des Planungsausschusses. Sollte es Platz geben für ein zweites Ministerium, käme das Justizressort infrage. Für das Umweltministerium wurde gerade erst die

alte Eon-Zentrale angemietet.

Die Qualität Das Aussehen der Gebäude soll in einem zweiten Wettbewerb zur Architektur geklärt werden. Jetzt geht es zunächst um ein attraktives städtebauliches und freiraumplanerisches Konzept. Ein neues Hochhaus soll auch der Umgebung nutzen, ein „social return“ wird verlangt. Die Sockelzonen sollen teils öffentlich zugänglich sein. Die Regierung kündigt bereits Gastronomie und eine Bibliothek an,

auch ist ein Landesforum geplant, wenn die maximale Ausnutzung der Fläche gelingt. Hier gibt es konkurrierende Ziele, denn die Stadt hätte gerne Einzelbaukörper mit Durchwegung und eine Grünverbindung in Richtung Rheinufer.

Bei allem Beton soll das Grün eine Hauptrolle spielen, die am Wettbewerb beteiligten Büros sollen „ein möglichst großes Grünvolumen ermöglichen“. Vorhandene Bäume sollen möglichst erhalten werden. Mit Blick auf die prominente Lage



an der Verbindung zwischen Grünen Ring und Rheinufersperrmaße/Rheinpark Bilk sowie die bauliche Dichte wird nicht nur Grün am Boden erwartet, sondern auch an Fassaden und auf Dächern.

Der Verkehr Die NRW.Bank benötigt 50.000 Quadratmeter und damit rund die Hälfte der möglichen Bürofläche. Die Bank und die Ministerien sollen getrennt erschlossen, das Grundstück geteilt werden.

Das hässliche Parkhaus gegenüber des Landtags an der Moselstraße soll fallen, ein jahrzehntelanger Wunsch. Ersatz für rund 300 Autos von Landesbediensteten soll in einem neuen Parkhaus an der Haroldstraße geschaffen werden. Das ist eine besondere Aufgabe für die Planer, denn gleichzeitig wünscht sich die Stadt, dass die Haroldstraße entsprechend der Vorgaben zum Blau-Grüner Ring zu einer verkehrsberuhigten Zone wird. Auch muss sichergestellt werden, dass Horionplatz, Berger Allee und Mannesmannufer erreichbar bleiben. Dort residieren der Ministerpräsident mit der Staatskanzlei sowie die Ministerien für Familie und Wirtschaft.

Kunstpalastr: Umbau zehn Millionen teurer

PEMPELFORT (ujr) Die Sanierung und der Umbau des Kunstpalastes werden zehn Millionen Euro teurer als zunächst geplant. Ursprünglich war man von knapp 30 Millionen Euro ausgegangen, jetzt werden es „rund 39,9 Millionen Euro“. Ursache seien die Konkretisierung der Planung sowie die bislang nicht eingereichte Baukostensteigerung, teilt die Stadt mit. Im Gesamtpaket sind auch 3,1 Millionen Euro für museale Ausstattung inklusive Ausstellungsbeleuchtung und für die Bepflanzung des Innenhofs enthalten.

Das Museum im Ehrenhof wird saniert, technisch überholt und erhält eine bessere Wegeführung und Verbindung der Sammlungsstrakte. Ein Highlight wird die neue Gastronomie im Erdgeschoss des Belvedere (Durchgang zur Rheinterrasse).

Hochhaus Gateway darf nicht höher sein als 90 Meter

GOLZHEIM (ujr) Zwei neue Hochhäuser sollen am Kennedydamm entstehen. Der Planungsausschuss hat am Mittwoch entschieden, dass die Gebäude nicht gleich hoch werden sollen. Das „Twist“ auf dem Grundstück der heutigen Aengewelt-Zentrale darf 110 Meter in die Höhe wachsen. Nur einen Steinwurf entfernt wird das „Gateway“ gebaut, heute befindet sich dort das NRW-Umweltministerium. Gegen die Stimmen der CDU entschied der Ausschuss, dass dieser Turm maximal 90 Meter hoch werden soll. Zunächst gab es die Überlegung, Zwillingstürme zu errichten, man wollte dies von der Lösung des Verkehrs-konzepts abhängig machen. Davon sind die Politiker nun abgerückt. Anwohner kritisieren die Türme und fordern mehr Grün.

Abgeordnete schreiben an die Kanzlerin

Parlamentarier von CDU und FDP bitten Angela Merkel, im Streit um das Fotoinstitut zu vermitteln.

DÜSSELDORF (ujr) Drei Düsseldorf-Bundestagsabgeordnete von CDU und FDP haben an Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben. Sie bitten die Regierungschefin um Unterstützung im Streit um das Deutsche Fotoinstitut (DFI). Unterschrieben haben den Brief Thomas Jarzombek und Sylvia Pantel sowie Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). Die Liberale hatte den Brief nach Absprache mit Andreas Rimkus (SPD) verfasst, der zur Überraschung der übrigen Düsseldorf-

Bundestagsabgeordneten plötzlich aus der Aktion ausgestiegen ist.

Bundes- und Landtag hatten vor dem Jahreswechsel jeweils 41,5 Millionen Euro für ein DFI in Düsseldorf beschlossen. Das Düsseldorf-Trio schlussfolgert: „Es liegt hier somit eindeutig ein Parlamentsbeschluss für den Standort Düsseldorf vor, an den unserer Auffassung nach auch Frau Staatsministerin Grütters gebunden ist. Zu unserer großen Überraschung beabsichtigt die Staatsministerin nun, einen ande-

ren als den beschlossenen Standort für das Deutsche Fotoinstitut zu wählen, und zwar die Stadt Essen.“ Dies sei nicht akzeptabel.

In dem Brief an Merkel, der am Mittwoch das Bundeskanzleramt erreichte, machen die Abgeordneten von CDU und FDP darauf aufmerksam, dass das DFI auf die Initiative der Stadt Düsseldorf und namhafter Künstlerinnen und Künstler zurückgehe. Federführend für diese Gruppe sei Andreas Gursky, einer der weltweit erfolg-

reichsten Fotografen und Meisterschüler von Bernd Becher in Düsseldorf. Die Fotostadt Düsseldorf sei über die Becher-Schule und ihren Erfolg mit dem weltweiten Renommee deutscher Fotokünstlerinnen und -künstler verbunden „und daher für uns der mit Abstand beste Standort für das Deutsche Fotoinstitut“. Gleichzeitig seien die Parlamentsbeschlüsse eindeutig an Düsseldorf gebunden. Daher bitten die Abgeordneten die Kanzlerin, in diesem Fall zu vermitteln.

GERICHT

Nanti war schon wieder leinenlos

Die Besitzerin des Zwergspitz hatte nicht zum ersten Mal Ärger mit der Justiz.

FRIEDRICHSTADT (wuk) Zwergspitz-Rüde „Nanti“ wiegt zwar gerade mal 3,7 Kilo, muss inzwischen aber als „schwerer Junge“ angesehen werden – und als Intensivtäter. Im März hatte sich sein Frauchen (69) beim Amtsgericht noch erfolgreich gegen einen Bußgeldbescheid über 107 Euro gewehrt. Die sollten fällig werden, weil „Nanti“ vom Ordnungsamt ohne Leine an den Bilk-er Arkaden angetroffen worden war. Eine Richterin hat das Verfahren Mitte März dann eingestellt, den Hund samt Frauchen ohne Buße entlassen – allerdings mit der Warnung, dass so etwas nie wieder vorkommen dürfe. Das hat Frauchen hoch und heilig versprochen und angekündigt, ihren Mini-Hund künftig an eine Katzenleine zu legen.

Doch nur wenige Stunden nach der Ermahnung der Richterin war „Nanti“ wieder leinenlos erwisch-

worden. Die dafür fälligen 75 Euro Bußgeld hat die Seniorin nach Informationen unserer Redaktion inzwischen klaglos akzeptiert.

Sicher ist, dass von dem sechsjährigen Klein-Hund keine Gefahr oder Belästigung ausgeht, wenn er ohne Leine loszieht. Daran gab es auch beim Prozess im März keine Zweifel. Immerhin gilt „Nanti“ (Geburtsname Nantai von Bruchend) als schwer behindert, er hatte Nierensteine, ihm wurde per Operation ein künstlicher Darmausgang gelegt, zudem leidet er unter Luxation. Andererseits gilt für Hunde im Stadtgebiet (von



FOTO: DPA

wenigen Arealen abgesehen) grundsätzlicher Leinenzwang. Den aber wollte die „Nanti“-Besitzerin für ihren Liebling gerne aufgehoben sehen – er sei ja klein und harmlos und wegen seiner angegriffenen Gesundheit gehe er nicht gerne an der Leine. Die Richterin ließ Gnade vor Recht ergehen, erließ „Nanti“ im Prozess das Bußgeld. Doch noch am selben Tag wurde „Nanti“ nachmittags von Mitarbeitern des Ordnungsamts wieder ohne Leine ertappt.

Juristen sprechen in solchen Fällen von einer „hohen Rückfallgeschwindigkeit“. Diesmal aber hat Frauchen gegen das fällige Bußgeld nicht protestiert. Wiederholungsgefahr besteht wohl zudem nun auch nicht: Weil die Seniorin nun schwer krank wurde und klinisch betreut werden muss, kam „Nanti“ zu einem Pflege-Frauchen. Und das sei im Umgang mit kleinen Hunden und Hundeleinen geübt, wie es heißt.

Bewährung nach Angriff auf Rollifahrer

STADTMITTE (wuk) Für einen Angriff auf einen Rollstuhlfahrer (35) in Bahnhofsnähe wurde ein 59-jähriger am Mittwoch vom Landgericht zu neun Monaten Haft verurteilt und direkt freigelassen. Die Strafe sei durch seine Zeit in einer Psychiatrie-Klinik „komplett verbüßt“, so das Urteil. Ihm war vorgeworfen worden, er habe den Behinderten im Streit samt Rollstuhl umgetreten, den Mann noch weiter misshandelt. Das aber hatten Zeugen nicht bestätigt. Der 59-Jährige gab zu, dem Behinderten ins Gesicht geschlagen zu haben. Das werteten die Richter jetzt als Körperverletzung, bestraft wurde er auch für zwei Ladendiebstahle.

Eine Unterbringung des Mannes in einer Psychiatrie-Klinik sei laut Gutachten aber nicht nötig. Und da er monatelang bereits in einer Klinik untergebracht worden war, durfte er den Gerichtssaal nun als freier Mann verlassen.

DÜSSELDORF-DATUM
Das neue Theresienhospital wird eingeweiht

(tber) In der Stadtchronik steht unter dem **4. Juni 1912** eingetragen, dass der Neubau der Krankenanstalt der „Barmherzigen Schwestern, Töchter vom Heiligen Kreuz“, das Theresienhospital, am Stiftsplatz eingeweiht wird. Gegenüber der heutigen Kirche St. Lambertus wird 1639 ein Karmelitenkloster gegründet, in dem später ein „Krankenhaus“ betrieben wird. Somit hat es eine besondere Bedeutung für die Stadt und fällt der Auflösung von Klöstern Anfang des 19. Jahrhunderts nicht zum Opfer. Die damalige Klosterkirche, die Kapelle St. Joseph, wird bis 1718 nach Plänen von Matteo Alberti und Aloys Bartholdi rheinseitig errichtet. Seit den 1830er Jahren sind Cellitinnen im Gebäude tätig; 1852 übernehmen Schwestern der „Töchter vom Heiligen Kreuz“ das Hospital. Den späteren Namen „Theresienhospital“ bekommt es nach 1912 im Gedenken an die Ordensstifterin Maria Theresia Haze. Ende der 1970er Jahre wird das Krankenhaus als „Altenkrankenheim“ wiedereröffnet. 2007 wird es an ein Immobilienunternehmen verkauft; es entstehen hochwertige Wohnungen. Die Kapelle dient weiter kirchlichen Zwecken.

Anzeige

RP Gewinnspiel

GEWINN DER WOCHE
Tchibo Caffissimo Latte Kaffeemaschine

Tägliche Gewinnchance!
Anrufen unter: 01379 88 80 11 (50 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk abweichend) oder SMS senden mit dem Kennwort „rpgewin“ Leerzeichen, Name und Adresse an 1111 (ohne Vorwahl, 50 Cent/SMS!)
Online teilnehmen: rp-online.de/täglichrp Teilnahme erst ab 18 möglich; ausgeschlossen sind Mitarbeiter des Verlags oder verbundener Unternehmen. Das Los entscheidet, die Gewinner werden kurzfristig benachrichtigt. Eine Barauszahlung des Gewinns kann nicht erfolgen. Sie finden unsere Teilnahme- und Datenschutzbedingungen auch unter rp-online.de/teilnahmebedingungen.
Teilnahmeschluss: 07.06.2020, 24 Uhr!

IHR THEMA?

Darüber sollten wir mal berichten? Sagen Sie es uns!

duesseldorf@rheinische-post.de

0211 505-2361

RP Düsseldorf

rp-online.de/messenger

FAX 0211 505-2294

Zentralredaktion

Tel.: 0211 505-2880

E-Mail: redaktionssekretariat

@rheinische-post.de

Leserservice

(Abonnement, Urlaubs- und Zustellservice)

Tel.: 0211 505-1111

Online: www.rp-online.de/leserservice

E-Mail: leserservice

@rheinische-post.de

Anzeigenservice

Tel.: 0211 505-2222

Online: www.rp-online.de/anzeigen

E-Mail: mediaberatung

@rheinische-post.de

ServicePunkt

Hollmann Presse, Schadow Arkaden,

Schadowstraße 11, 40212 Düsseldorf

RHEINISCHE POST

Stadt-Düsseldorf Post-Zeitung, gegründet 1712
Düsseldorfer Zeitung

Lokalredaktion Düsseldorf:

Postanschrift: 40196 Düsseldorf; Besucheranschrift: Schadow Arkaden, Schadowstraße 11 b; Redaktionsleitung: Nicole Lange; Vertretung: Oliver Wiegand (Deskchef); Chefredakteur: Stefani Geilhausen, Uwe-Jens Ruhnu; Kommunalpolitik: Arne Lieb; Sport: Bernd Jolitz.

Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen. Es gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Abonnementkündigungen werden nur schriftlich beim Verlag oder einem Service Punkt mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende entgegengenommen. Freitags mit prima-Wochenendmagazin zur Zeitung. Zur Herstellung der Rheinischen Post wird Recycling-Papier verwendet.